

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 22.01.2019

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Kaufmann
Herr Pieplau
Herr Schmalen
Herr Wandersleb

CDU

Herr Copertino (bis 18.20 Uhr)
Herr Hüsemann
Frau Jansen
Frau Schellong
Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hennke (ab 17.25 Uhr)
Herr Holler-Göller
Herr Hood Vorsitzender

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Huber Seniorenrat
Herr Klein Psychiatriebeirat
Herr Teutrine FDP-Ratsgruppe
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr Dr. Schmid

Herr Metzger
 Herr Bergen

Herr Burkat

Frau Kleiner
 Herr Linnenbürger

Gäste

Herr Paus
 Herr Dr. Aubke
 Herr Dr. von Schönfeld
 Frau Leimkuhl
 Frau Karsten

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
 Dezernat 3
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention
 Amt für soziale Leistungen -
 Sozialamt-
 Gesundheits-, Veterinär- und Le-
 bensmittelüberwachungsamt
 Bauamt
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention
 Stab Dezernat 3
 Stab Dezernat 5

AGW

Vorsitzender des Seniorenrates
 Ev. Klinikum Bethel (EvKB)
 Praktikantin im EvKB
 Praktikantin bei der FDP-Ratsgruppe

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und im Besonderen Herrn Paus als neuen Vertreter der AGW im SGA. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 12 gibt es von Seiten der Verwaltung nichts Neues zu berichten. Der TOP wird deshalb abgesetzt.

Im Namen der CDU-Fraktion bittet Herr Weber, TOP 6 inkl. TOP 6.1 „Ansätze zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung in Bielefeld“, nochmals zu verschieben. Aufgrund krankheits- und urlaubsbedingter Ausfälle konnten geplante Gespräche nicht abschließend geführt werden.

Die Anwesenden sind mit den Änderungen der Tagesordnung einverstanden. Vorsitzender Herr Hood macht abschließend darauf aufmerksam, dass sich die Beratungen der Vorlage, Drucks.-Nr. 7630/2014-2020, aufgrund der erneuten Verschiebung auch im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss sowie im Rat verschieben würden.

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.10.2018****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 09.10.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 39. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 19.12.2018**

Die Niederschrift wurde am heutigen Tag allen Mitgliedern per Mail zur Kenntnis übersandt.

Die Genehmigung wird in die nächste Sitzung vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Stellungnahme der Fraktion Die Linke zum Konzept KdU
- Antwort der Verwaltung**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die per Mail übersandte und als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 **Terminplanung für die Beratung des Haushaltsplanes
2020/2021**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung, aus der die terminierten 1. und 2. Lesungen des Haushaltsplanes 2020/2021 zu entnehmen sind.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.3 **Bildung und Teilhabe (BuT) -Weiterentwicklung des Zugangs
und der Administration des BuT-Systems**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Mitteilung der Verwaltung (**Anlage 2**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.4 **Unterbringung von Obdachlosen bei sehr kalten Nachttempe-
raturen**

Frau Schulz teilt mit, dass genügend freie Notplätze für wohnungslose Menschen in Bielefeld vorgehalten würden. Derzeit gebe es 10 freie Plätze für Frauen und 20 freie Plätze für Männer. Bei Bedarf könnten noch 50 freie Plätze in einer Unterkunft mit Flüchtlingen bereitgestellt werden.

Sozialarbeiter der Stadt und der Träger der freien Wohlfahrtspflege suchten die Obdachlosen auf und bieten Ihnen die Übernachtungsmöglichkeiten an.

Herr Weber und Herr Gugat bitten die Verwaltung, diese Information der Bielefelder Bevölkerung über die Tagespresse bekannt zu machen. Die Verwaltung sagt dies zu. (*Hinweis: Westfalen-Blatt am 23.01.2019, Neue Westfälische am 29.01.2019*)

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Anzahl von Kurzzeitpflegeplätzen in Bielefeld und Versorgungsquote in den einzelnen Stadtbezirken (Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.01.2019)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7914/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 3**).

Herr Weber bedankt sich für die ausführliche Antwort. Auf Nachfrage teilt Frau Krutwage mit, dass die Anzahl von Pflegeplätzen in der Verhinderungspflege nicht abgefragt werde. Es sei aber bereits absehbar, dass sich im Rahmen der Pflegestatistik und Pflegebedarfsplanung intensiver mit diesem Thema auseinandergesetzt werden müsse. Sie sagt zu, dass vorhandene Datenmaterial diesbezüglich entsprechend auszuwerten und in der entsprechenden Sitzung vorzulegen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 6 **Ansätze zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung für Bielefeld, 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7630/2014-2020

Unabhängig von der zuvor beschlossenen Vertagung des Tagesordnungspunktes teilt Beigeordnete Frau Ritschel mit, dass die gewünschten detaillierteren Daten zur ärztlichen Versorgung nicht lieferbar seien, da die KV lediglich das schon Bekannte bereitstellen könne und die Stadt Bielefeld keine eigenen Daten erhebe.

Für eine mögliche Gesamtbetrachtung der ärztlichen Versorgung verweist sie auf eine aktuelle Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes zur Verteilung von Arztpraxen in Nordrhein-Westfalen. Entsprechende Broschüren werden zur Mitnahme ausgelegt. Darüber hinaus ist sie als Dokument unter folgendem Link verfügbar:

<https://webshop.it.nrw.de/ssearch.php?kategorie=32000&prefix=Z25>

- vertagt -

Zu Punkt 6.1 Beschluss des Seniorenrates vom 19.12.2018: Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7783/2014-2020

- vertagt -

Zu Punkt 7 Förderung der Hebammenzentrale Bielefeld-Gütersloh e.V.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7818/2014-2020

Beigeordnete Frau Ritschel erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage.

Die Ausschussmitglieder begrüßen das vorgelegte Ergebnis und danken Beigeordneter Frau Ritschel für ihren Einsatz zur Fortführung der Arbeit der Hebammenzentrale. Auf Nachfrage teilt sie mit, dass bei der Einrichtung des Homeoffice-Arbeitsplatzes EDV-technische Unterstützung insbesondere wegen des Datenschutzes erforderlich sei. Die Stadt Bielefeld bemühe sich, Hilfestellung zu vermitteln.

Beschluss:

Die Arbeit der Hebammenzentrale Bielefeld-Gütersloh e.V. wird ab dem Haushaltsjahr 2019 mit einem jährlichen Betrag von 10.000 € gefördert. Dem Abschluss der beigefügten Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7.1 Hebammenzentrale -Aufrechterhaltung der Dienstleistungen- (Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6865/2014-2020

Aufgrund des Beschlusses zur Drucks.-Nr. 7818/2014-2020 wird der Antrag von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Zu Punkt 7.2 Hebammenzentrale (Antrag der Fraktion Die Linke vom 18.06.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6944/2014-2020

Aufgrund des Beschlusses zur Drucks.-Nr. 7818/2014-2020 wird der Antrag von der Fraktion Die Linke zurückgezogen.

-.-.-

*Zunächst erfolgt die Beratung zu TOP 9.
Die Protokollierung erfolgt unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt im
späteren Teil der Niederschrift.*

Zu Punkt 8 Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7803/2014-2020

Herr Metzger informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Er hebt hervor, dass bei der Eigentumsförderung Steigerungen zu verzeichnen seien, der öffentlich-geförderte Mietwohnungsbau allerdings stark eingebrochen sei. Bis September 2018 sei man davon ausgegangen, dass 230 Mietwohnungen mit Zuschüssen bei einem Mittelbedarf von 24 Millionen € entstünden. Dann seien zum Teil größere Bauprojekte für 2018 zurückgezogen worden, so dass letztendlich nur 51 Bewilligungen ausgesprochen werden konnten. Dies habe dazu geführt, dass ca. 1,3 Mio. € Fördermittel an das Land zurückgezahlt werden mussten.

Die Anwesenden bedauern die Entwicklung in der Wohnungsbauförderung und bewerten sie teilweise als erschreckend.

Herr Bolte drängt darauf, in Bielefeld mehr Grundstücke für Mietwohnungsbau auszuweisen und die Grundstückspreise zu überdenken. Auf Fragen von Herrn Bolte, Herrn Holler-Göller, Herrn Gugat, Herrn Klein und Frau Bußmann führt Herr Metzger u. a. aus, dass der Oberbürgermeister nach einer Ablehnung der Mietstufenerhöhung erneut ans Ministerium herangetreten sei. Mit Blick auf die medizinische Fakultät würde ein erheblicher zusätzlicher Wohnungsbedarf in Bielefeld entstehen. Die erneute Entscheidung des Ministeriums müsse abgewartet werden. Die im Dezember 2018 beschlossenen neuen KdU-Richtlinien führten in 2019 zu einer Bewilligungsmiete von 5,70 €/qm und vereinfachen die Übernahme der tatsächlichen Mietkosten.

Beigeordneter Herr Nürnberger bittet die Anwesenden, sich als Sozialpolitiker in die Diskussionen um Bodenpolitik und Wohnraumbeschaffung einzumischen. Die Bedarfe nach öffentlich gefördertem Wohnraum müssten aus sozialpolitischer Sicht deutlich gemacht werden. Er fordert dazu

auf, den Oberbürgermeister in seinen Bestrebungen zu unterstützen, bei größeren Planungsvorhaben die Schaffung von Baurecht zu ermöglichen und im Gegenzug dafür, Zugriff auf einen großen Teil des Grundstücks zu bekommen, um sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang müsse auch über die zulässige Geschosshöhe diskutiert werden. Erfahrungsgemäß wohne die betroffene Klientel eher im Geschosswohnungsbau.

Herr Paus rät dazu, die neue Bodenplanung auch aus Sicht eines Investors zu betrachten. Hierbei könne die Geschosshöhe ausschlaggebend sein.

Herr Weber bewertet den neuen Weg des Oberbürgermeisters als Paradigmenwechsel. Unabhängig davon unterstütze er sein Ansinnen, da nach seiner Ansicht in Bielefeld noch viele Flächen für Wohnbebauung zur Verfügung stünden. Er fordert dazu auf, von einer konfrontativen in eine konsensuale Diskussion zu gehen und so einen gangbaren Weg für die nächsten Jahre zu eben.

Herr Bolte teilt die optimistische Einschätzung nicht. Erfolgversprechender bewertet er eine Anhebung der Sozialraumquote von 25 % auf 50 %. Herr Metzger führt dazu aus, dass der Widerstand gegen die 25 %-Quote jetzt schon sehr groß sei und in Einzelfällen per politischem Beschluss bereits von dieser Vorgabe abgewichen worden sei. Hier habe man sich verwaltungsseitig eine konsequentere Umsetzung gewünscht.

Vorsitzender Herr Hood macht zusammenfassend deutlich, dass der SGA auf eine konsequentere Einhaltung der 25 %-Quote drängen müsse und Politik keine Ausnahmen zulassen dürfe. Die Initiative des Oberbürgermeisters zur Neuaufstellung der Bodenpolitik in Bielefeld werde vom SGA aus sozialpolitischer Sicht ausdrücklich unterstützt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Kommunale Inklusionsplanung, hier: Maßnahmenvorschläge aus dem Zwischenbericht

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7446/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf die im Vorfeld vorgenommene Priorisierung der Verwaltungsvorschläge durch den Beirat für Behindertenfragen und den Seniorenrat.

Herr Burkat erläutert die Umsetzung der priorisierten Maßnahmen aus dem Zwischenbericht (**Anlage 4**).

Herr Holler-Göller stellt heraus, dass für eine erfolgreiche Inklusion das Bewusstsein der Öffentlichkeit über den Teilhabe- und Inklusionsgedanken sensibilisiert werden müsse.

Herr Winkelmann macht deutlich, dass die Anpassung des bestehenden Bielefelder Behindertenhilfeplanes an die UN-Behindertenrechtskonvention, der Beweggrund für die Initiative des Beirates für Behindertenfragen gewesen sei.

Als Vorsitzender des Psychiatriebeirates bedauert Herr Klein, dass der Psychiatriebeirat in den Priorisierungsprozess nicht mit eingebunden worden sei. Die als behindert eingestuft psychisch Erkrankten bildeten die größte Gruppe der Leistungsempfänger*innen der Eingliederungshilfe. Herr Burkat räumt das Versäumnis ein und bietet an, die Maßnahmenpriorisierung nachträglich in den Psychiatriebeirat einzubringen.

Herr Weber begrüßt es, dass nach der langen Vorlaufzeit mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen werden solle. Er fordert dazu auf, trotz noch notwendiger Nachbereitung in einzelnen Beiräten, die einzelnen Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus bittet er die Verwaltung, bei den noch zu kalkulierenden Maßnahmen, in einer der nächsten Sitzungen den finanziellen Aufwand zu beziffern. Herr Burkat macht deutlich, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Teilbereichen die finanziellen Auswirkungen noch nicht beziffert werden könnten.

Herr Gugat hält es für sinnvoll, bei der beabsichtigten „Digitalen Plattform inklusives Bielefeld“ die Möglichkeiten von „Open-Data“ mit einzubeziehen. Dies könne langfristig zu einer barrierefreien Digitalisierung führen. Herr Burkat bedankt sich für den Hinweis und zeigt auf, dass die Stadt Bielefeld in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Bielefelder Behindertenhilfe den Aufbau der Plattform koordinieren werde.

Frau Weißenfeld bittet darum, dem geplanten „Bielefelder Inklusionspreis“ denselben Stellenwert wie die übrigen Preise beizumessen. Herr Burkat teilt mit, dass nach ersten Überlegungen ein Maßnahmenwettbewerb ausgeschrieben werden solle und die beste inklusive Idee dann gewürdigt werde.

Abschließend macht Herr Burkat deutlich, dass aufgrund von EU-Richtlinien eine Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes beschlossen worden sei. Dieser gesetzliche Auftrag fordere nunmehr die vollständige Barrierefreiheit.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, in 2019 mit der Umsetzung der in der Anlage 2 aufgeführten Maßnahmen aus dem „Zwischenbericht zur Inklusionsplanung“ zu beginnen.

Über ggf. erforderliche Finanzmittel und zusätzliche Personalressourcen ist im Rahmen künftiger Haushaltsberatungen zu entscheiden.

- einstimmig beschlossen –

Im Anschluss an den Tagesordnungspunkt weist Vorsitzender Herr Hood darauf hin, dass Herr Burkat heute an seiner letzten SGA-Sitzung teilgenommen habe. In absehbarer Zeit werde er in Rente gehen. Bei dieser Gelegenheit bedanke er sich bei ihm dafür, dass er den Inklusionsgedanken in besonderer Weise weitergetragen habe. Er wünsche ihm alles

Gute.

-.-.-

Zu Punkt 10 Arbeitsprozess "Älter werden in Bielefeld"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7779/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erinnert an den Zwischenbericht in der SGA-Sitzung am 20.11.2018, in dem die Verwaltung ihre Bestrebungen zur Weiterentwicklung der kommunalen Altenhilfe dargelegt habe. Im Arbeitsprozess „Älter werden in Bielefeld“ habe sich die Verwaltung an den erfolgreichen Strukturen der Inklusionsplanung und des Arbeitsprozesses „Bielefeld integriert“ orientiert. Der Verwaltungsvorstand unterstütze diesen Arbeitsprozess. Über Fortschritte und Ergebnisse werde der Ausschuss regelmäßig informiert und er hoffe in absehbarer Zeit konkretere Handlungsvorschläge unterbreiten zu können.

Frau Huber teilt mit, dass der Seniorenrat in seiner gestrigen Sitzung der Vorlage einstimmig zugestimmt habe. Sie berichtet über eine rege Diskussion bzgl. des Titels des Arbeitsprozesses. Der Seniorenrat bitte die Verwaltung und die Akteure, den Titel nochmal zu überdenken. Diese Forderung wird von Frau Weißenfeld unterstützt.

Fragen von Frau Hennke werden von Beigeordnetem Herrn Nürnberger beantwortet.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Prozess „Älter werden in Bielefeld“ zu initiieren und die Herausforderungen im Kontext der Zunahme der älteren Bevölkerung und der Ausdifferenzierung ihrer Lebenslagen und Bedarfe zu bearbeiten.**
- 2. Der Prozess wird in enger Zusammenarbeit mit dem Seniorenrat und der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege gestaltet. Er beinhaltet die Konstituierung einer Lenkungsgruppe sowie Arbeitsgruppen zu wesentlichen Handlungsfeldern der sozialen Teilhabe im Alter.**
- 3. Über die Umsetzung ist regelmäßig in den Fachgremien zu berichten.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Lebenslagenbericht 2017/2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7778/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood teilt mit, dass der Lebenslagenbericht aufgrund seines Umfangs zunächst in 1. Lesung behandelt werde.

Frau Krutwage informiert über die Hintergründe der Sozialberichterstattung, die Neuerungen in der Konzeption (**Anlage 5**) und die zahlreichen Akteure bei der Erstellung des Berichtes.

Beigeordneter Herr Nürnberger hebt hervor, dass die Arbeitslosigkeit auf einem Tiefstand sei, der Anteil der Langzeitarbeitslosen allerdings steige. Die Integration von Zuwander*innen gehe stetig voran, benötige aber einen langen Atem. Die Zahl der Kinder im SGB-II-Leistungsbezug gehe zurück, allerdings wachse jedes vierte Kind in Armut auf. Auch nehme die Altersarmut zu, dies werde an dem hohen Anstieg der Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter sichtbar. Die Wohnungsknappheit verschärfe die Armutsproblematik. Im diesjährigen Bericht würden positive Entwicklungen deutlich, gleichzeitig seien aber auch negative Entwicklungen erkennbar.

Herr Bergen macht an unterschiedlichen Grafiken die positiven als auch negativen Entwicklungen in den einzelnen Bereichen deutlich. Am Beispiel der Kinderarmut verdeutlicht er die Bedeutung der Armut für die Kinder. Armut bedeute

- eingeschränkter Konsum und somit die Gefahr der Ausgrenzung
- schlechtere Rahmenbedingungen zum Lernen durch weniger Platz und schlechtere Lernmaterialien

Aufgabe sei es nun, die schlechteren Rahmenbedingungen und Startchancen auszugleichen.

Alleinerziehende Frauen hätten ein sehr hohes Grundsicherungsrisiko und beim tatsächlichen Bezug kaum eine Möglichkeit den Grundsicherungsbezug zu beenden. Um dieser Perspektivlosigkeit zu begegnen, sei es Aufgabe der Kommune, Maßnahmen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für diesen Personenkreis zu entwickeln.

Beigeordneter Herr Nürnberger gibt einen Überblick über bereits beschlossene Maßnahmen in den Bereichen Kinderarmut, Wohnen, Wohnungslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und Zuwanderung sowie das weitere mögliche Vorgehen in diesen Bereichen.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich für den Bericht und äußert sich erschüttert über die hohen Quoten in den Bereichen Kinder- und Altersarmut. Er fordert Politik und Verwaltung auf, diese Bereiche selbstkritisch zu betrachten, auf gemeinsame Spielräume zu achten und gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln. Er hebt positiv hervor, dass in diesem Bericht eine dezernatsübergreifende Betrachtung erkennbar sei.

Frau Weißenfeld bewertet den Lebenslagenbericht als ganzjähriges Nachschlagewerk, für das sie persönlich eine 2. Lesung für entbehrlich erachte.

Herr Weber bittet bei der Terminierung der Fachtagung darauf zu achten,

dass die ehrenamtlichen Politiker eine Teilnahme zeitlich ermöglichen könnten.

Herr Klein begrüßte die Fortschreibung des Berichtes und betrachtet ihn als Grundlagenwerk für die sozialarbeiterische Arbeit. Die sozialräumliche Detaillierung sei sehr hilfreich.

Nach Ansicht von Frau Hennke ist der Bericht sehr gelungen. Sie begrüßt ausdrücklich die Darstellung der möglichen Irreführung von reinen Zahlenbetrachtungen.

Herr Gugat sieht mit dem Bericht bestätigt, dass Segregation nicht durch Armut, sondern durch Vermögende entstehe.

Herr Winkelmann zeigt sich erfreut, dass in dem Bericht deutlich werde, dass 95 % der Behinderungen erst nach der Geburt entstünden. Menschen mit Behinderungen die auf Dauer in Werkstätten arbeiteten, würden immer von Armut betroffen sein, da sie kein Vermögen ansammeln dürften. Für 8 Stunden tägliche Arbeit bekämen sie lediglich 100 € monatlich ausgezahlt. Dies führe nicht zur Zufriedenheit der Menschen. Auch dieser Personenkreis müsse bei den Überlegungen mit einbezogen werden.

Für Frau Bußmann führt u. a. Langzeitarbeitslosigkeit und Mindestlohnaufstockung zur Altersarmut.

Auf Nachfrage von Herrn Bolte führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass Geringverdiener unabhängig von der Einführung eines Grundeinkommens weiterhin ein sehr geringes Wohlstandsniveau hätten. Die großen Probleme in den Fürsorgesystemen könnten abgemildert werden, wenn die vorgelagerten Sicherungssysteme wie Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung wieder deutlich gestärkt würden. Bei der Absicherung für Kinder plädiere er für eine von den Fürsorgeleistungen der Eltern unabhängige Versorgung.

Herr Bergen bedankt sich im Namen aller Beteiligten für die positiven Rückmeldungen zum Lebenslagenbericht. Er hebt ausdrücklich hervor, dass dieser Bericht ein Teamprojekt von vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen ämter- und dezernatsübergreifend sei und er den ausgesprochenen Dank an sie weiterleiten werde.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 12

Bericht aus Bielefeld integriert

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 13 Ernennung eines neuen Mitgliedes des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7894/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ernennt auf Vorschlag des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes, für die Bereiche Erwachsenenpsychiatrie und Kinder- und Jugendpsychiatrie, Herrn Marco Nitschke, als neuen Delegierten im Psychiatriebeirat.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Hood
(Vorsitzender)

Krumme
(Schriftführerin)